

L-01 Innovationen made in NRW

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 16.11.2025
Tagesordnungspunkt: 4. Leitantrag vom Landesvorstand

Antragstext

1 Als wir Grüne vor dreieinhalb Jahren in Landtag und Landesregierung
2 Verantwortung übernommen haben, war klar: NRW steht vor gewaltigen
3 Herausforderungen. Egal ob Brücken, Straßen, Schulen oder Sportanlagen – überall
4 war der jahrzehntelange Verschleiß sichtbar. Es war klar: Hier braucht es neuen
5 Wind. Und Rückenwind für die Transformation.

6 Es ist das Ergebnis grüner Arbeit in Bund und Land, dass nun endlich investiert
7 wird. Die Altschuldenhilfe des Landes, das Sondervermögen des Bundes – das es
8 ohne die grüne Bundestagsfraktion nicht gegeben hätte – und die
9 Weiterentwicklung des Landes zum Nordrhein-Westfalen-Plan geben den Kommunen
10 wieder Spielräume: zum Handeln, zum Entwickeln, für die Zukunft. So schaffen wir
11 Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates.

12 Für all das steht der Nordrhein-Westfalen-Plan der Schwarz-Grünen
13 Landesregierung. Mit rund 33 Mrd. Euro investieren wir in Kinder, Klima und
14 Kommunen und damit in ein Land, das einfach funktioniert. Wir geben uns nicht
15 mit dem Status-Quo zufrieden, sondern investieren in die Zukunft des Landes!

1,3 Mrd. Euro für die Transformation

17 Mit dem Nordrhein-Westfalen-Plan machen wir auch den Wirtschaftsstandort NRW
18 zukunftsfest. Unter der Überschrift Wirtschaftswende haben wir im Nordrhein-
19 Westfalen-Plan 1,3 Milliarden speziell für die klimaneutrale Transformation
20 vorgesehen. So nutzen wir die große Chance, gleichzeitig die Transformation zu
21 beschleunigen, die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu erreichen und somit die
22 Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes zu stärken. Dass wir nun die
23 Investitionen in zentralen Transformationsbereichen ankurbeln können, gibt uns
24 Rückenwind auf dem Weg, die erste klimaneutrale Industrieregion in Europa zu
25 werden. Denn die Hidden-Champions und Einhörner gibt es längst in NRW. Sie
26 brauchen Planungssicherheit und starke Investitionen, damit wir mit ihnen einen
27 nachhaltigen Wohlstand schaffen. Wir wollen Technologien fördern, neue Märkte
28 erschließen und unternehmerische Investitionen steigern. Öffentliche

Infrastruktur steht im Fokus, wie z.B. Wasserstoffnetze und -speicher, Wärmenetze oder Stromverteilnetze.

Bei den Schlüsseltechnologien wollen wir wichtige Zukunftsfelder, wie die industrielle Bioökonomie oder Quantentechnologien, noch stärker bearbeiten. Denn wir bleiben nur wettbewerbsfähig, wenn wir die Rahmenbedingungen hier so gestalten, dass unsere Unternehmen davon profitieren. Genau hier setzt der Nordrhein-Westfalen-Plan an. Wir reden nicht nur von klimaneutraler Transformation, wir machen sie einfach.

So geht Transformation: mit Ziel, mit Unterstützung und mit Mut.

Was für unsere Infrastruktur gilt, ob baulich, sozial oder im Bildungsbereich, gilt auch für unsere Wirtschaft. Wir unterstützen sie auf dem Weg in die Zukunft. Und das heißt vor allem: bei Innovation, bei Wandel, bei echter Transformation.

Nordrhein-Westfalen ist und bleibt das industrielle Herz Deutschlands, doch wenn die Welt sich weiter dreht, können wir uns dem Wandel nicht verschließen. Deswegen nehmen wir ihn beim Schopf und gestalten ihn mit.

NRW steht mitten in einer gewaltigen Transformation. Der Übergang von einer fossilen, linear geprägten Industrie hin zu einer ressourcenschonenden, digitalen und innovativen Kreislaufwirtschaft ist unsere Chance zur Erreichung unserer Klima- und Nachhaltigkeitsziele und zu nachhaltigem Wohlstand. Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie Effizienzgewinnen durch technologischen Fortschritt wollen wir auch den Verbrauch an Ressourcen insgesamt senken. Nur so können wir langfristig das Klima schützen und die planetaren Grenzen einhalten. GRÜNE NRW kämpfen für gutes Leben und Arbeiten und somit auch für den Industriestandort NRW. Wir wollen Arbeitsplätze sichern, neue schaffen und gleichzeitig die Grundlagen für eine klimaneutrale Wirtschaft legen. Der grüne Zukunftsmotor läuft für diesen Anspruch: für Innovation statt Stillstand, für Zusammenarbeit statt Blockade, für Zukunft statt Rückschritt, für Gemeinwohl statt Ausbeutung. Während andere noch über das Ziel streiten, haben wir bereits mit der Umsetzung begonnen. Mit dem Ausbauturbo bei den Erneuerbaren Energien, gezielten Investitionen in Hochtechnologien und der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Erhalt der Sozial- und Umweltstandards stellen wir GRÜNE NRW unser Land für eine starke Zukunft auf.

Unser Ziel ist klar: Nordrhein-Westfalen soll die erste klimaneutrale Industrieregion Europas werden – angetrieben von grüner Energie, neuen Ideen und mutigen Menschen, die den Wandel anpacken. Wir wollen NRW zum industriellen Spitzenstandort für Zukunftstechnologien machen – mit klugen Investitionen, einer starken Wissenschaft, besseren Bedingungen für Start-ups und Ausgründungen aus Hochschulen.

NRW als Innovationsstandort: Vom Stoff bis zu den Sternen

Schon heute führt NRW weltweit in vielen Bereichen, die für Menschen und Wirtschaft nicht mehr wegzudenken sind: etwa in der Chemiebranche, Energieforschung, Medizin und nachhaltiger Mobilität. Durch die Verbindung unserer Industrie, der renommierten Hochschullandschaft und der erfolgreichen Start-Up-Szene entstehen hier viele Innovationen, die international bedeutsam sind. Wir wollen unser Land zum industriellen Spitzenstandort für Innovationen noch weiter ausbauen. Dafür braucht es gezielte Investitionen in Zukunftsfelder, die den gesamten Weg der industriellen Transformation abbilden und die unseren grünen Zukunftsmotor mit neuen Werkzeugen ausstatten: von der Bioökonomie, die nachhaltige Rohstoffe und neue Wertschöpfungsketten erschließt, über das zirkuläre Wirtschaften, das Ressourcen im Kreislauf hält, bis hin zu Halbleitern als technologischem Rückgrat der Digitalisierung, zur Quantentechnologie als Schlüssel für die nächste Innovationswelle und zur Raumfahrt, die neue Horizonte für Forschung, Klimaüberwachung und Kommunikation eröffnet. Diese fünf Felder stehen für grüne Meilensteine des Innovationspfads: von nachhaltiger Produktion über Kreislaufwirtschaft bis zu Hightech und Raumfahrt. Wir verbinden damit ökologische Verantwortung mit technologischer Souveränität.

Gleichzeitig müssen wir den Weg von der Idee zur Anwendung konsequent verkürzen. Zu oft verlassen vielversprechende Technologien oder Startups nach der ersten Förderphase unser Land, weil sie beispielsweise in den USA bessere Bedingungen und Risikokapital finden. Das wollen wir ändern. Wir fordern eine innovationsfreundliche Gründungs- und Finanzierungskultur, die jungen Unternehmen und wissenschaftlichen Ausgründungen den Weg zur Marktreife in NRW ermöglicht. NRW darf nicht länger Ideenexporteur sein, während die Wertschöpfung andernorts entsteht. Innovationen, die hier entstehen, sollen auch hier wachsen.

Wir wissen, Innovation braucht Menschen, die sie gestalten. Deswegen arbeiten wir GRÜNEN NRW weiterhin daran, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Ohne qualifizierte Fachkräfte bleiben selbst die besten Ideen Theorie. Schon in Schulen – etwa in Schülerfirmen – zeigt sich, wie früh Unternehmergeist und praktische Innovationsfähigkeit wachsen können. Es ist entscheidend, dass wir in NRW nicht nur technologische Entwicklungen fördern, sondern auch die Menschen, die sie umsetzen. Denn nur wenn wir die richtigen Talente gewinnen, fördern und langfristig binden, können wir Innovationen wirklich in die Praxis bringen und NRW als starken, zukunftsorientierten Standort sichern. Dabei gilt: Innovation braucht Vielfalt. Wir wollen, dass mehr Frauen, Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und vielfältigen Lebenswegen in Forschung, Gründung und Technik sichtbar werden. Denn gemischte Teams entwickeln bessere Ideen, treffen klügere Entscheidungen und treiben damit Innovationen nachhaltiger voran.

Wir sehen, dass Unternehmen mit betrieblicher Mitbestimmung zugleich erfolgreicher und innovativer sind. Wir setzen uns für mehr demokratische

Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innen in Unternehmen ein - gerade auch in neuen, innovativen und ökologischen Branchen.

Innovationen durch Gemeinwohl und Zukunftsfähigkeit

Innovation ist mehr als neue Technologie – sie ist auch eine Frage der Haltung und der Art, wie wir leben und wirtschaften. Moderne Innovationspolitik begreift Fortschritt nicht nur als technische Entwicklung, sondern als umfassende Veränderung gesellschaftlicher Prozesse. Die Nationale Strategie für Soziale Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen zeigt klar: Wirkliche Transformation entsteht dort, wo wirtschaftliche Stärke, Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Nutzen zusammengeführt werden. Genau diesen Ansatz wollen wir in NRW stärken – er umfasst neue Formen des Zusammenlebens, Ernährungssicherheit durch Reduzierung von Ressourcenkonkurrenz in der Bioökonomie und einem klaren FoodFirst-Prinzip, Gesundheit, Zeitpolitik und Bildung, aber auch regionale Wertschöpfungskreisläufe oder gerechtere Arbeitswelten. Soziale Innovation schafft Lösungen, die Menschen im Alltag spürbar entlasten und Regionen stärken. Gemeinwohlorientierte Unternehmen & gemeinwohlorientiertes Wirtschaften spielen in diesem Wandel zwar nicht die einzige, aber eine zentrale Rolle. Sie verbinden ökonomische Aktivitäten mit Verantwortung, entwickeln neue Geschäftsmodelle für Mobilität, Energie, Pflege, Bildung, Landwirtschaft oder Kreislaufwirtschaft und zeigen, dass unternehmerischer Erfolg und gesellschaftlicher Fortschritt keine Gegensätze sind.

Von fairen Arbeitsbedingungen über regionale Wertschöpfung bis zu demokratischer Teilhabe: Unternehmen in ganz Europa zeigen bereits mithilfe anerkannter Nachhaltigkeitsstandards, dass Gemeinwohl-Orientierung und wirtschaftlicher Erfolg Hand in Hand gehen. Sie stellen heute schon viele Arbeitsplätze und schaffen Sicherheit in schwierigen Zeiten. Dazu gehören auch Prinzipien wie faire Arbeitsbedingungen, inklusive Arbeitsplätze oder ressourceneffiziente Produktion. Für eine erfolgreiche Transformation brauchen wir genau diese Vielfalt: Akteure, die neue Märkte erschließen und gleichzeitig Teilhabe, regionale Wertschöpfung und ökologische Verantwortung stärken.

Für uns heißt das: Wir wollen ein Innovationsökosystem schaffen, das offen, praxisnah und klar auf gesellschaftlichen Nutzen ausgerichtet ist. Dabei entstehen regionale Wertschöpfung und gesellschaftlicher Zusammenhalt gerade dort, wo das Gemeinwohl im Vordergrund steht.

Dazu gehören verlässliche Rahmenbedingungen, die sozialen Innovationen Raum geben – egal ob sie aus Start-ups, Kommunen, Vereinen, Hochschulen oder etablierten Unternehmen kommen. Wir wollen eine Förder- und Vergabepolitik vorantreiben, die mutige Ideen unterstützt und Impact-orientiertes Wirtschaften ermöglicht, starke Partnerschaften zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft aufbauen. Besonders wichtig sind uns dabei Initiativen,

bei denen das Gemeinwohl im Vordergrund steht: in der ehrenamtlich geführten Bürgerenergiegenossenschaft, der solidarischen Landwirtschaft, im genossenschaftlichen Unverpacktladen oder im kirchlichen Inklusionscafé. Diese Initiativen unterstützen wir mit Aufmerksamkeit, Förderung und Bürokratieabbau. Die von Mona Neubaur in Auftrag gegebene Studie „Unterstützung sozialer Gründungen in NRW“ liefert dafür einen wichtigen Rahmen.

Soziale Innovationen machen Transformation nicht langsamer, sondern schneller – weil sie Vertrauen schaffen, Akzeptanz erhöhen und Lösungen hervorbringen, die im Alltag wirklich funktionieren. NRW kann hier mit dem bereits etablierten Hub „Anthropia“ eine Vorreiterrolle einnehmen: als Land, das zeigt, dass Transformation keine abstrakte Zukunftsvision ist, keine Gefahr ist, sondern konkrete Verbesserungen im Leben der Menschen ermöglicht. Indem wir soziale und technologische Innovation zusammendenken, stärken wir nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine enkeltaugliche Politik. So verbinden wir unser Ziel einer ersten klimaneutralen Industrieregion Europas mit einem Land, das in all seiner Vielfalt zusammenhält.

Bioökonomie: Der neue Treibstoff im Zukunftsmotor

Im Zukunftsmotor NRWs beginnt der Wandel beim Stoff selbst, bei dem, woraus wir produzieren. Bioökonomie ersetzt fossile Rohstoffe durch erneuerbare, biobasierte Alternativen, reduziert CO₂-Emissionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und schützt zugleich natürliche Ressourcen. Sie verbindet Ökologie mit industrieller Stärke. Das macht Bioökonomie nachhaltig sowie kreislauffähig und zeigt: Klima- und Umweltschutz ist keine Verzichts-, sondern eine Wachstumsstrategie.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Durch den Einsatz von Pflanzen, Mikroorganismen und biotechnologischen Verfahren können in Nordrhein-Westfalen neue, nachhaltige Wertschöpfungsketten entstehen – von der Landwirtschaft über die Chemie bis hin zur Material- und Verfahrenstechnik. In der Landwirtschaft fordern wir, dass Gentechnik in Pflanzen- und Tierzüchtung nur unter hohen Umwelt- und Verbraucherschutzstandards, mit Kennzeichnung und Wahlfreiheit eingesetzt wird – und lehnen eine Deregulierung ab. Biologisch abbaubare Kunststoffe, nachhaltige Baustoffe oder biobasierte medizinische Anwendungen zeigen, dass aus Forschung und Natur neue Märkte erwachsen, die hochwertige und zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen.

Zugleich stärkt die biobasierte Produktion regionale Kreisläufe. Sie reduziert Abhängigkeiten von fossilen Rohstoffen und internationalen Importen und trägt so zur Versorgungssicherheit bei.

Unsere Forderungen zur Stärkung der Bioökonomie in NRW:

- Technologieentwicklung und Wissenstransfer dauerhaft sichern: Förderprogramme wie Zukunft.BIO.NRW und das Forschungsnetzwerk BIO.NRW haben gezeigt, wie groß die Nachfrage nach passgenauen Lösungen im Bereich Bioökonomie ist. Um das volle Potenzial in NRW zu heben, bauen wir hierauf auf.
- Fachkräfte und Qualifizierung gezielt fördern: Die Bioökonomie verlangt neue Kompetenzen in Biotechnologie, Verfahrenstechnik, Landwirtschaft und Materialwissenschaften. Wir fordern gezielte Aus- und Weiterbildungsprogramme, Anreize zur Fachkräftebindung und die Förderung interdisziplinärer Qualifikationen, um vorhandenes Know-how in neue Sektoren zu übertragen.
- Frühzeitige Rahmen setzen: Die Landesregierung muss vorausschauend handeln und die strukturellen Voraussetzungen schaffen, damit Innovationen aus Forschung und Wirtschaft nicht in der Konzeptphase steckenbleiben, sondern in marktreife Anwendungen überführt werden können.

Zirkuläres Wirtschaften: Der effiziente Kreislauf des Zukunftsmotors

Die Zukunft des Wirtschaftens ist zirkulär. Was heute als Abfall gilt, ist morgen ein Wertstoff. NRW kann zeigen wie alle von Kreislaufwirtschaft profitieren: Menschen, Umwelt und Wirtschaft. Zirkuläres Wirtschaften bedeutet, Rohstoffe effizient zu nutzen, Produkte langlebiger zu gestalten und Wertstoffe im Kreislauf zu führen, statt sie zu entsorgen. Da Ressourcen auf unserem Planeten nur begrenzt verfügbar sind, müssen Rohstoffe effizienter genutzt und ihre Quellen im Sinne des Umweltschutzes nicht weiter übernutzt werden. Und genau dort setzt zirkuläres Wirtschaften an: mit kluger Planung und Innovationen gelingen uns Vermeidung von Ressourcenverbrauch, Abfall und Umweltverschmutzung, sowie mehr Effizienz. Die Kreislaufwirtschaft reduziert auch die Abhängigkeit von Rohstoffimporten und wird entscheidend für die Widerstands- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Industriestandorts sein.

Nordrhein-Westfalen kann hier eine echte Vorreiterrolle einnehmen. Schon heute gibt es ein deutschlandweit einzigartiges Netzwerk zur zirkulären Wertschöpfung – mit Initiativen wie dem Prosperkolleg in Bottrop, CirQuality OWL oder dem Circular Valley in Wuppertal. Besonders in der Grundstoffindustrie liegen große Chancen: Unternehmen wie LyondellBasell, Evonik, Carbolig in Remscheid oder mattern Operations in Hürth zeigen, wie Sekundärrohstoffe und Recyclingverfahren neue Maßstäbe für Ressourceneffizienz setzen.

Unsere Forderungen zum zirkulären Wirtschaften in NRW:

- Der Wandel zu einer Kreislaufwirtschaft muss der sogenannten Abfallhierarchie folgen. Abfälle sind in erster Linie zu vermeiden und Produkte wiederverwendbar zu gestalten. Wo sich beides nicht erreichen lässt, muss das Recycling gestärkt und Recyclingquoten erheblich gesteigert werden. Dafür sind auch neue Recyclingverfahren zu fördern: Chemisches Recycling für das Recycling von Kunststoffabfällen ist dort ein sinnvoller Baustein, wo mechanisches Recycling an seine Grenzen stößt. Hierzu bedarf es jedoch noch weiterer Forschung und Entwicklung, um zirkuläre Materialien marktfähig zu machen.
- Zirkuläre Netzwerke stärken: Erfolgreiche Cluster und Projekte sollen langfristig unterstützt und besser miteinander vernetzt werden, um NRW als Leitregion der Kreislaufwirtschaft in Europa zu positionieren.
- Um den Einsatz von recycelten Materialien, etwa in der Baubranche, Chemieindustrie und Produktion zu erleichtern, setzen wir uns für praxistaugliche Änderungen zum Ende der Abfalleigenschaft und zum vereinfachten Erreichen des Produktstatus ein.

Halbleiter: Die präzise Steuerung des Zukunftsmotors

Halbleiter sind die Schaltzentrale des Zukunftsmotors. Sie sorgen für Fortschritt in der digitalen und klimaneutralen Industrie. Sie steuern Maschinen, Fahrzeuge und Energiesysteme und machen so Effizienzgewinne erst möglich. Neue Materialien und leistungsfähigere Chips senken den Energieverbrauch und zeigen: Ohne Chips keine Transformation.

Wir wollen mehr Kooperation innerhalb Europas und die Halbleiterindustrie hier in NRW fördern, um unabhängiger zu sein: Lieber europäische Partner als chinesische Autokraten. Nordrhein-Westfalen verfügt über starke Akteure in diesem Zukunftsfeld: Unternehmen wie Elmos Semiconductor SE in Dortmund, Infineon, ELEMENT 3–5 in Baesweiler sowie das Fraunhofer IMS in Duisburg prägen Forschung und Entwicklung entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Unsere Forderungen für die Halbleiterindustrie in NRW:

- Forschungsförderung ausbauen: Entwicklung neuer Chip-Generationen und Materialien gezielt unterstützen.

- Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärken: Einrichtung von Anwendungs- und Produktionszentren, etwa im Bereich Nanotechnologie, um Innovationen schneller in industrielle Anwendungen zu überführen.

Quantentechnologie: Die neue Zündung im Zukunftsmotor

Für unseren grünen Zukunftsmotor öffnet sich mit der Quantentechnologie ein neues Kapitel des Wissens: hier werden die Gesetze der Physik zu Werkzeugen für die Industrie von morgen. Quantentechnologien eröffnen völlig neue Dimensionen in Rechenleistung, Kommunikation und Sensorik. Ob in der Materialforschung, der Medizintechnik oder der Klimamodellierung: Sie können Prozesse revolutionieren und Innovationen beschleunigen.

Nordrhein-Westfalen zählt hier bereits heute zu den führenden Regionen Europas. Eine dichte Forschungslandschaft mit dem Forschungszentrum Jülich, der RWTH Aachen, den Universitäten in Siegen, Paderborn und Dortmund, den Fraunhofer-Instituten ILT, IPT und IMS sowie dem DLR bildet das Rückgrat einer dynamischen Innovationskultur. Aus ihr entstehen Start-ups wie eleQtron (Siegen), Arque Systems (Jülich) oder Pixel Photonics (Münster), die weltweit an der Spitze der Quantenrevolution stehen.

Unsere Forderungen für die Quantentechnologien in NRW:

- Infrastruktur aufbauen: Förderung von Testfeldern, Demonstrationsanlagen und Netzwerken (z. B. Dark-Fiber-Netzwerke) zur Erprobung von Quanteninternet-Technologien.
- Kompetenzen stärken: Ausbau schulischer, universitärer und betrieblicher Ausbildung im Bereich Quantencomputing und -sensorik.
- Technologietransfer fördern: Gemeinsame Nutzung von Labor- und Geräteinfrastruktur, um Wissen schneller von der Forschung in die industrielle Anwendung zu bringen.

Raumfahrt: Der Blick von oben auf den Zukunftsmotor

Wer die Zukunft steuern will, braucht Überblick - auch von oben, aus dem All. Raumfahrt ist weit mehr als der Weg zu den Sternen. Sie ist ein kraftvoller Innovationstreiber für zahlreiche Branchen. Die extremen Anforderungen an

Genauigkeit, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit erzeugen einen Innovationsdruck, der neue Technologien hervorbringt – von Materialforschung über Kommunikation bis hin zu Energielösungen. Dieses Potenzial wollen wir für NRW gezielt nutzen und weder den Bayern überlassen noch den Jeff Bezos', Elon Musks und Donald Trumps dieser Welt. Das macht uns auch unabhängiger von den Technologien anderer und damit NRW sicherer.

Unser Land profitiert bereits von einer starken Verknüpfung zwischen Forschung, Industrie und Start-ups. Einrichtungen wie das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) oder das Europäische Astronautentrainingszentrum der ESA bilden dabei das Rückgrat.

Unsere Forderungen für die Raumfahrt in NRW:

- Raumfahrtakteure stärken: Gezielte Investitionen in die Infrastruktur, um ansässigen Akteuren, wie DLR und ESA, bestmögliche Entwicklungsmöglichkeiten zu geben und weitere Ansiedlungen zu ermöglichen
- Innovationstransfer fördern: Anreize für Spin-ins und Spin-offs, um Raumfahrttechnologien in andere Industriezweige zu übertragen und deren Innovationskraft zu stärken.

NRW kann Zukunft. NRW kann Industrie. Jetzt kommt es darauf an, beides zusammenzubringen. Mit Forschung, mit neuen Ideen und mit dem Mut, Verantwortung zu übernehmen. Weil wir in NRW unsere Stärken bündeln, zeigen wir: Klimaschutz, ökologische Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit sind keine Gegensätze, sondern die Grundlage einer modernen Wirtschaft. Der grüne Zukunftsmotor – das sind nicht nur Maschinen und Technologien. Das sind vor allem Menschen, die anpacken, lernen, gestalten. Und für diese Menschen machen wir Politik. Unser Ziel: Dass der Wandel gute Arbeit schafft, Regionen und Gemeinwohl stärkt – und niemanden zurücklässt.

Das ist unser Auftrag.

V-01 Natur retten – EU-Wiederherstellungsverordnung in NRW ambitioniert umsetzen

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 16.11.2025
Tagesordnungspunkt: 6. Verschiedenes

Antragstext

1 Wer im Sommer durch eine blühende Wiese geht oder das Summen der Insekten hört,
2 spürt unmittelbar, wie wertvoll Natur ist. Sie ist kein schöner Luxus, sondern
3 das Fundament unseres Lebens. Sie schenkt uns sauberes Wasser, frische Luft,
4 gesunde Lebensmittel, Erholung und Schutz vor den Folgen der Klimakrise. Dieses
5 Fundament ist jedoch brüchig geworden: Über 80 Prozent der geschützten
6 Lebensräume in Europa befinden sich in einem schlechten Zustand. Auch in
7 Nordrhein-Westfalen haben wir viele entwässerte Moore, begradigte Flüsse,
8 ausgelaugte Böden und geschwächte Wälder.

9
10 Mit dem Inkrafttreten der EU-Wiederherstellungsverordnung (WVO, "Nature
11 Restoration Law") im August 2024 hat Europa einen historischen Schritt getan.
12 Die EU hat die Wiederherstellung und Entwicklung widerstandsfähiger Ökosysteme
13 erstmals als verbindliches, gemeinsames Ziel festgelegt. Die WVO verpflichtet
14 alle Mitgliedstaaten, bis 2030 auf mindestens 20 Prozent der Flächen mit
15 Sanierungsbedarf wirksame Maßnahmen umzusetzen. Bis 2050 sollen alle
16 degradierten Ökosysteme in einen deutlich besseren Zustand kommen. Trotz
17 einzelner politischer Widerstände auf Bundes- und Länderebene steht die große
18 Mehrheit der Bevölkerung hinter dieser Zielsetzung: Rund 85 Prozent der Menschen
19 in Deutschland befürworten laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des
20 NABU die WVO und ihre Renaturierungsziele. Dieses klare Signal wollen wir in NRW
21 konsequent aufgreifen. Denn intakte Ökosysteme bilden die Grundlage unserer
22 Lebensqualität, unserer Ernährungssicherheit und unserer wirtschaftlichen
23 Zukunft.

24
25 Die EU hat die WVO bewusst als sektorenübergreifendes Instrument angelegt. Sie
26 schützt nicht nur die Artenvielfalt, sondern stärkt auch den natürlichen
27 Klimaschutz, die Anpassung an den Klimawandel, den Wasserrückhalt in der
28 Landschaft und die Ernährungssicherheit. NRW trägt aufgrund seiner Größe, seiner
29 wirtschaftlichen Bedeutung und seiner vielfältigen Landschaften eine besondere
30 Verantwortung für die nationale Zielerreichung.

31
32 Wir legen dabei einen Schwerpunkt auf die Wiedervernässung von Moorböden und den

Erhalt von Feuchtgebieten, weil sie gleichzeitig dem Klimaschutz, dem Hochwasserschutz und einem gesunden Wasserhaushalt dienen.

Wir stärken strukturreiche, klimaresiliente Wälder mit heimischen Baumarten und ausreichend Totholzanteil.

Wir setzen uns für die Renaturierung von Flussauen und die Verbesserung der Durchgängigkeit von Gewässern ein, um Wasserqualität und Artenvielfalt zu steigern.

Wir entwickeln artenreiche Agrarlandschaften weiter, insbesondere Lebensräume für Feldvögel, Insekten und Bodenorganismen.

Gleichzeitig bauen wir einen landesweiten Biotopverbund mit funktionierenden Wanderkorridoren auf und werten Stadtnatur gezielt auf, damit urbane Räume an Lebensqualität, Klimaresilienz und Biodiversität gewinnen.

Damit wir die WVO ambitioniert umsetzen können, müssen wir einige Herausforderungen bewältigen. Noch bestehen rechtliche und fachliche Unsicherheiten, etwa bei der Festlegung geeigneter Referenzwerte, bei der Erfassung der Zielräume oder bei der Abstimmung mit bestehenden Schutzprogrammen. Deshalb schaffen wir in NRW frühzeitig eine enge ressortübergreifende Zusammenarbeit und stimmen uns konsequent mit bestehenden Programmen wie der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), Natura 2000, der Wasserrahmenrichtlinie und dem Klimaschutzgesetz ab, um Synergien zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Auch die Finanzierung stellt uns vor große Aufgaben. Die bisherigen EU- und Bundesmittel wie GAP, LIFE, GAK oder ANK reichen für eine umfassende Wiederherstellung nicht aus. Unser Ziel ist es deshalb, verlässlichere und eigenständige Finanzierungsinstrumente aufzubauen. In der Landesregierung ist es uns gelungen, den Naturschutzetat deutlich zu steigern. Wir setzen uns für einen Wiederherstellungsfonds ein und wollen gleichzeitig klare, attraktive Anreize für Landnutzer*innen schaffen, damit sie sich aktiv beteiligen und von Renaturierungsmaßnahmen profitieren. So stärken wir Beteiligung und Akzeptanz.

Für die Umsetzung brauchen wir ausreichend geeignete Flächen. Wir identifizieren diese Flächen aktiv, arbeiten eng mit Kommunen, Verbänden, Eigentümer*innen und Landnutzer*innen zusammen und entwickeln dafür Kooperationsmodelle, Flächenpools und Anreizsysteme. Auf diese Weise sichern wir neue Flächen, ohne einseitig Anforderungen "von oben" zu definieren.

Eine erfolgreiche Umsetzung gelingt nur, wenn wir alle relevanten Gruppen frühzeitig einbinden. Wir suchen aktiv den Austausch mit der Land- und Forstwirtschaft, mit Kommunen, Wasserwirtschaft, Naturschutzverbänden und der Zivilgesellschaft. Durch transparenten Dialog und offene Beteiligungsprozesse vermeiden wir Nutzungskonflikte, schaffen Vertrauen und ermöglichen Lösungen,

die vor Ort tragfähig sind.

Für die Erfolgskontrolle wollen wir ein landesweit integriertes Monitoring aufbauen. Wir entwickeln belastbare Indikatoren für Biodiversität, Wasserqualität, Klimaschutzwirkung und Landschaftszustand, erfassen diese Daten regelmäßig und werten sie kontinuierlich aus. So können wir Fortschritte sichtbar machen, aus Fehlern lernen und unsere Maßnahmen zielgerichtet nachsteuern.

In NRW hat die Landespolitik bereits wichtige Grundlagen geschaffen, um die Anforderungen der WVO zu erfüllen. Das Land hat unter unserem Umweltminister Oliver Krischer eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe im Umweltministerium (MUNV) eingerichtet, die an der Integration der WVO in die Landespolitik arbeitet. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Klima (LANUK) kartiert Lebensraumtypen, stellt Monitoringdaten bereit und entwickelt Indikatoren. Eine Potenzialstudie zur Moorrenaturierung liefert die Basis für neue Kooperationen mit Landnutzungsverbänden. Die Landesregierung hat den Naturschutzetat trotz angespannter Haushaltslage gestärkt, die Biologischen Stationen langfristig abgesichert, die Vertragsnaturschutzflächen auf bis zu 48.000 Hektar erweitert und die Wildnisentwicklungsgebiete um rund 5.000 Hektar ausgebaut. Mit Förderprogrammen wie den "Umweltschecks" ermöglicht das Land zudem niedrigschwellige Naturschutzprojekte vor Ort. Diese Schritte zeigen: NRW verfügt über wichtige Strukturen, engagierte Akteur*innen und politischen Willen, um die WVO erfolgreich umzusetzen. Jetzt kommt es darauf an, diese Ansätze gezielt auszubauen, stärker zu vernetzen und mit Entschlossenheit weiter voranzutreiben.

Was wir für NRW erreichen wollen

1. **Politische Unterstützung stärken** Eine ambitionierte, zügige und verbindliche Umsetzung der WVO in NRW wollen wir klar politisch unterstützen und priorisieren.
2. **WVO-Ziele verankern** Die Ziele der WVO wollen wir konsequent in allen relevanten Programmen, Strategien und Förderinstrumenten des Landes berücksichtigen.
3. **Finanzierung sichern und Mittel gezielt auf Renaturierung ausrichten** Die bisherigen EU- und Bundesmittel reichen für eine umfassende Wiederherstellung nicht aus. Deshalb setzen wir uns auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, dass Förderprogramme stärker auf Renaturierungsmaßnahmen ausgerichtet werden. Gleichzeitig arbeiten wir darauf hin, dass umweltschädliche Subventionen schrittweise abgebaut werden – insbesondere in der Agrar- und Forstwirtschaft – und die dadurch freiwerdenden Mittel vorrangig in konkrete Renaturierungsprojekte fließen. Unser Ziel ist es, Landnutzer*innen mit attraktiven, verständlichen und verlässlichen

Anreizen zu unterstützen, damit Renaturierung und naturverträgliche Bewirtschaftung ökonomisch tragfähig werden.

4. Reallabore in Schutzgebieten stärken und Kooperationen ausbauen In Wildnisgebieten und landeseigenen Naturschutzgebieten wollen wir Reallabore aufbauen, in denen Praxis und Wissenschaft gemeinsame Wege zur ökologischen Wiederherstellung und Klimaanpassung entwickeln. Darüber hinaus unterstützen wir Initiativen anderer Akteure – Kommunen, Verbände, Stiftungen oder lokale Gruppen – durch Beratung, Vernetzung und Kooperation, um zusätzliche Innovationsimpulse im ganzen Land zu ermöglichen.

5. Monitoring gezielt weiterentwickeln Bestehende Monitoringstrukturen wollen wir erweitern, verbessern und zielgerichteter einsetzen, damit sie die Anforderungen der WVO umfassend abbilden. Monitoringmaßnahmen sollen künftig häufiger stattfinden, um Veränderungen früher zu erkennen und Maßnahmen schneller nachzusteuern.

6. Frühzeitige Beteiligung sicherstellen Wir setzen uns dafür ein, dass die Landesregierung eine transparente, breite und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung organisiert, um Vertrauen zu schaffen und Konflikte zu minimieren. Synergien mit bestehenden Strategien – etwa dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt oder der Nationalen Wasserstrategie – wollen wir gezielt nutzen.

Darüber hinaus sollen Synergien mit bestehenden Strategien wie dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt 2030, der Nationalen Wasserstrategie und der Waldstrategie 2050 konsequent genutzt werden.

Warum dieser Weg richtig und notwendig ist

Die Umsetzung der WVO ist ein zentraler Baustein für den Schutz der Biodiversität, für wirksamen Klimaschutz und für eine widerstandsfähige, nachhaltige Landnutzung in NRW. Sie schafft erstmals klare, verbindliche und überprüfbare Ziele, an denen sich Fortschritte messen lassen. Ein funktionierendes Netz aus Mooren, Wäldern, Gewässern, Feuchtgebieten und artenreichen Agrarlandschaften trägt entscheidend dazu bei, die Folgen der Klimakrise abzufedern, Lebensräume zu sichern und die ökologische Stabilität unserer Regionen wiederherzustellen.

Intakte Ökosysteme sind zudem ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor:

Renaturierung verbessert den Hochwasserschutz, reduziert Erosions- und Dürreschäden, erhöht die Wasserreinhaltung und stabilisiert Bestäubungsleistungen – alles Leistungen, die Haushalte, Infrastruktur und

165 Betriebe langfristig entlasten. Diese ökologischen und ökonomischen Vorteile
166 entstehen dauerhaft, während Investitionen in Wiederherstellung oft nur einmalig
167 anfallen.

168
169 Darum setzen wir uns dafür ein, die WVO ambitioniert, zügig und verbindlich
170 umzusetzen. Der Erhalt und die Wiederherstellung unserer natürlichen
171 Lebensgrundlagen stärken nicht nur die biologische Vielfalt, sondern sind auch
172 ein zentraler Beitrag zur Ernährungssicherheit, zur Klimaanpassung und zu einer
173 resilienten wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Die Investitionen in
174 Natur zahlen sich vielfach aus – für unsere Gesellschaft, unsere Umwelt und für
175 kommende Generationen. Deshalb wollen wir diesen Weg konsequent, entschlossen
und gemeinsam weitergehen.

V-02 Ideen für 18 Millionen Menschen – Unser Programmprozess zum Landtagswahlprogramm 2027

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 16.11.2025
Tagesordnungspunkt: 6. Verschiedenes

Antragstext

Die Welt verändert sich und NRW ist mittendrin. In diesen Zeiten übernehmen wir GRÜNE Verantwortung für unser Bundesland. Wir wollen es gerade in diesen Zeiten modern und erfolgreich machen. Wir stellen es wirtschaftlich auf ein solides Fundament und machen unser Bundesland zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas. So sorgen wir für nachhaltigen Wohlstand und werden den Herausforderungen der Klimakrise gerecht. Dabei halten wir NRW zusammen, in der Vielfalt seiner 18 Millionen Menschen. Für sie machen wir Politik. Ihnen wollen wir hier in NRW die besten Chancen, eine sichere Heimat zur Entfaltung und eine gute Zukunft schaffen. Daran arbeiten wir jeden Tag und dafür wollen wir im Mai 2027 wiedergewählt werden und weiter regieren.

Unser Programmprozess zeigt: Wir haben selbst viele Ideen für die Zukunft, aber wir wollen mehr. Wir möchten Menschen zusammenbringen und mit ihnen über ihre Perspektiven und Vorstellungen sprechen. Dafür nutzen wir moderne Technologien und setzen auf echte Beteiligung. Wir hören zu, diskutieren und setzen darauf, dass daraus Neues entsteht. Ein Programm, in dem viele Ideen aus ganz NRW stecken und das unser Land weiterbringt.

Von der Idee zum Wahlprogramm

Im Frühjahr 2026 starten wir den größten Beteiligungsprozess unserer Parteigeschichte. Stell dir vor, in deiner Nachbarschaft stellt jemand ein Zelt auf, fragt dich nach deiner Idee für NRW, schreibt sie sich auf und nimmt dich beim Wort. Das machen wir.

Wir wollen hören, was NRW bewegt: auf der Straße, überall in der Gesellschaft und in unserer Partei. Wir gehen dorthin, wo Menschen leben: In ihre Nachbarschaften. Egal ob vor Kitas, an Radwegen, auf Marktplätzen, in die Kneipe und die Unternehmen: Wir fragen nach dem, was besser werden kann in unserem gemeinsamen Zuhause NRW.

Gleichzeitig binden wir unsere ganze GRÜNE Familie ein, unsere 39.000 Mitglieder. Von den Kreisverbänden, über die Grünen Jugend bis hin zu Vereinigungen und Landesarbeitsgemeinschaften. Gerade auch die Erfahrungen unserer Verantwortungsträger*innen aus Kommunen, Land, Bund und Europa fließen ein.

Digital, innovativ, mit Tatkraft

Wir setzen auf moderne Beteiligung:

- Interaktive Formate laden zum Umsetzen und Mitmachen ein – digital und vor Ort
- Unsere Beteiligungsplattform wächst: Wir halten auf dem Laufenden, was aus den eingereichten Ideen wird
- Künstliche Intelligenz hilft, Themen zusammenzufassen und Prioritäten zu erkennen

Eine Steuerungsgruppe, eingesetzt vom Landesvorstand, sichtet und bündelt alle Ideen und erstellt daraus den Programmentwurf.

Diesen legen wir im Oktober 2026 der Partei als Entwurf vor. Im November 2026 beschließen wir gemeinsam auf der Landesdelegiertenkonferenz unser Landtagswahlprogramm 2027.

V-03 Für eine starke, gerechte und zukunftsfähige Hochschullandschaft in NRW

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 16.11.2025
Tagesordnungspunkt: 6. Verschiedenes

Antragstext

Nordrhein-Westfalen steht vor einer hochschulpolitischen Richtungsentscheidung. Das zeigen auch die Proteste von Studierenden und Beschäftigten in den vergangenen Wochen. Während gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimakrise und Fachkräftemangel zunehmen und sich die Gesellschaft wandelt, etwa durch Digitalisierung, braucht es eine Wissenschaftspolitik, die Hochschulen als Orte gesellschaftlicher Innovation bestmöglich unterstützt. Außerdem dürfen sich Hochschulen nicht darauf beschränken den Wandel in der Gesellschaft anzustoßen und zu begleiten, sie müssen sich auch selbst weiterentwickeln, um innovativ zu bleiben.

Verlässliche Finanzierung in schwierigen Zeiten

Trotz angespannter Haushaltslage steigt die Grundfinanzierung der Hochschulen 2026 um fast 380 Millionen Euro auf insgesamt 5,27 Milliarden Euro. Das ist ein klares Bekenntnis zu Bildung und Wissenschaft. Gleichzeitig leisten die Hochschulen einen Konsolidierungsbeitrag von 120 Millionen Euro, um den Landeshaushalt zu stabilisieren. Dieser Beitrag wird mit dem Aufwuchs verrechnet – es handelt sich also nicht um Kürzungen, sondern um eine moderate Reduktion des Zuwachses.

Wir wissen: Diese Maßnahme ist herausfordernd. Sie verlangt von den Hochschulen, umsichtig zu planen und Rücklagen gezielt einzusetzen. Landesweit standen Ende 2024 rund 1,2 Milliarden Euro an nicht abgerufenen Selbstbewirtschaftungsmitteln zur Verfügung. Viele Hochschulen verfügen über weitere eigene Rücklagen – Spielraum, der soziale Härten abfedern kann. Auch die kürzlich angekündigten weiteren 55 Millionen Euro aus dem "Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken" müssen Studierenden gleich doppelt zugutekommen: durch mehr Lehrpersonal und durch die Schaffung studentischer Tutorien als Arbeitsplätze. Dennoch braucht es politische Wachsamkeit, damit Qualität, Chancengerechtigkeit und Innovationskraft nicht unter Druck geraten.

Hochschulen als Zukunftstreiber – mit öffentlicher Verantwortung

Hochschulen sind mehr als Ausbildungsstätten. Sie sind Orte der Reflexion, des Transfers und des gesellschaftlichen Wandels. Ob bei der Entwicklung

klimafreundlicher Technologien, der Gestaltung digitaler Infrastrukturen oder der Qualifizierung von Fachkräften – sie leisten zentrale Beiträge zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Gerade deshalb braucht es verlässliche öffentliche Rahmenbedingungen. Wissenschaft darf nicht von Drittmitteln abhängig sein. Planungssicherheit, gute Arbeitsbedingungen und eine nachhaltige Grundfinanzierung sind die Basis für exzellente Lehre und Forschung – und für eine gerechte Hochschullandschaft, die allen offensteht.

Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig öffentliche Förderung mehr in die Grundfinanzierung geht und weniger in Projektmittel .

Kooperation statt Konkurrenz

Wir setzen auf Kooperation statt Konkurrenz: durch gemeinsame Infrastrukturen der Hochschulen, untereinander abgestimmte Studiengänge und eine gemeinsame effiziente Ressourcennutzung in der Wissenschaft. Wissenschaftspolitik muss die Vielfalt der Standorte ernst nehmen – und gleichzeitig auf Synergien und regionale Vernetzung setzen. Das stärkt nicht nur die Hochschulen selbst, sondern auch die Regionen, in denen sie wirken.

Vor dem Hintergrund sinkender Studierendenzahlen müssen Studienangebote an einzelnen Standorten kritisch überprüft werden. Doppelstrukturen vor allem großer Studiengänge innerhalb von Regionen, die zu Überangeboten führen, sollten abgebaut werden, ohne dabei die regionale Bildungsbeteiligung zu gefährden oder kleine Fächer zu schließen. Gerade für Studierende sind die Garantien, ihr Studium am jeweiligen Standort abschließen zu können und Studiengänge auslaufen zu lassen statt sie von heute auf morgen zu schließen, zentral. Hochschulpolitik braucht hier Augenmaß und Dialogbereitschaft.

Machtstrukturen hinterfragen – Mitbestimmung stärken

Die Machtstrukturen an den Hochschulen dürfen nicht so bleiben, wie sie sind. Dass Professor*innen bei Entscheidungsprozessen in hohem Maße andere Statusgruppen übergehen können, ist nicht mehr zeitgemäß. Alle Statusgruppen – wissenschaftliche Mitarbeitende, Technik und Verwaltung, Studierende – tragen zum Gelingen der Hochschulen bei und verdienen echte Mitbestimmung auf Augenhöhe. Dazu bedarf es auch Korrekturen im Verhältnis von Rektorat, Hochschulrat und Senat. Letzteren wollen wir spürbar stärken und auf diesem Wege Hochschulen transparenter und partizipativer machen.

Auch das Lehrstuhl-Modell ist ein Relikt, das überwunden werden muss. Moderne Departmentstrukturen lösen nicht nur Probleme um Macht und Machtmissbrauch, sie ermöglichen auch neue Karrierewege unterhalb der Professur. Deshalb unterstützen wir Hochschulen dabei, auf Departmentstrukturen umzustellen.

Gute Arbeit an Hochschulen – auch für studentische Beschäftigte

Die letzte Verhandlungsrunde zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) hat Verbesserungen für studentische Beschäftigte gebracht. Wir begrüßen diese Schritte ausdrücklich – und setzen uns weiterhin dafür ein, dass studentische

Beschäftigte in den Tarifvertrag aufgenommen werden. Denn studentische Beschäftigte verdienen längerfristige Verträge und eine faire Bezahlung. Gute Lehre und Forschung setzen faire Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigtengruppen voraus.

Daueraufgaben brauchen Dauerstellen. Befristungen im wissenschaftlichen Mittelbau sind auf den Stellen in Ordnung, auf denen es im Wesentlichen um die akademische Qualifikation geht. Wer jedoch Aufgaben erledigt, die dauerhaft in Forschung, Lehre, Verwaltung oder Infrastruktur anfallen, hat auch eine dauerhafte Stelle verdient. Wir unterstützen neue Karrierewege unterhalb der Professur und im Bereich des Wissenschaftsmanagement.

Soziale Verantwortung der Hochschulen

Ein erfolgreiches Studium soll für alle möglich sein. Wir setzen uns für gezielte Programme ein, die den Zugang zu Hochschulen für Menschen ohne akademischen Familienhintergrund, mit internationaler Zuwanderungsgeschichte oder mit Behinderung oder chronischer Erkrankung erleichtern – durch bessere Beratung für Studieninteressierte und finanzielle Unterstützung. Wir setzen uns dafür ein, dass Hochschulen barrierefrei sind und die Studierenden (wie auch die Beschäftigten) dort unterstützen, wo sie Bedarfe haben.

Langfristige Perspektiven sichern – resilientes Wissenschaftssystem

Unser Ziel bleibt eine nachhaltige und verlässliche Grundfinanzierung, die Hochschulen unabhängig von Drittmitteln macht und ihnen echte Planungssicherheit gibt. Dafür braucht es einen klaren politischen Kurs – jenseits kurzfristiger Sparlogiken.

Wir stehen für eine Wissenschaftspolitik, die Haltung zeigt, Dialog fördert und Perspektiven schafft – für Studierende, Lehrende, Forschende und die Gesellschaft als Ganzes. Wir wollen zu einem resilienten Wissenschaftssystem kommen, das ökonomische Krisen und gesellschaftliche Veränderungen besser bewältigen und für die Gesellschaft begleiten kann, das internationalen Spannungen und Konflikten mit Aufklärung und einer klaren Haltung begegnet und das einer vielfältigen und integrativen Gesellschaft entspricht, die sich selbstverständlich stets im Wandel befindet.

V-04 Engagierte Bürger*innen stärken und unterstützen: Schutz der Zivilgesellschaft und der NGOs in Nordrhein-Westfalen sichern

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 16.11.2025
Tagesordnungspunkt: 6. Verschiedenes

Antragstext

Hintergrund und Anlass

Der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat sowie die Bewältigung aktueller und zukünftiger Krisen in NRW sind ohne eine starke, vielfältige Zivilgesellschaft nicht denkbar. Rund 8,5 Millionen Bürger*innen engagieren sich ehrenamtlich in Initiativen, Verbänden, Vereinen und Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) [bzw. Non-Government-Organisation NGOs], dazu gehören auch Migrantenselbstorganisationen (MSO) und sind damit tragende Säulen einer lebendigen Demokratie. Sie engagieren sich täglich für unsere Gesellschaft, geben Nachhilfeunterricht oder verteilen eine warme Mahlzeit, organisieren Feste und Wettkämpfe. Sie treten für soziale und globale Gerechtigkeit ein, in der Kultur, im Sport, in Dorfvereinen, in einer Religionsgemeinschaft, für Menschenrechte, für Gleichstellung und gegen Ausgrenzung, für ihre Berufsgruppe, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, für den Tierschutz und vieles, vieles mehr. Diese Begegnungen und dieses ehrenamtliche Engagement sorgen nicht nur für weniger Einsamkeit, sondern leisten einen wichtigen Beitrag für das Allgemeinwohl. Sie leben Demokratie. Sie gestalten ihr Wohnumfeld, den ländlichen Raum, die Quartiere.

Viele Bürger*innen schließen sich zu Initiativen, Vereinen und Organisationen zusammen, um gemeinsam ihr Anliegen zu vertreten, ihre Interessen und die des Gemeinwohls zu verteidigen. Mietervereine, Verbraucherschutzorganisationen und Umweltverbände sind Beispiele dafür. Die Aarhus-Konvention und die darauf aufbauenden europäischen und nationalen Gesetze regeln beispielsweise Informations-, Beteiligungs- und Klagerechte der Umweltorganisationen, die damit die Einhaltung von Gesetzen durch staatliche Stellen überprüfen lassen können. Das wegweisende Urteil zum Klimaschutz des Bundesverfassungsgerichtes und die Durchsetzung der Luftreinhaltung in den Städten sind Beispiele für wegweisende Erfolge, die ohne eine starke Zivilgesellschaft nicht möglich gewesen wären.

Es wird immer wieder fälschlicherweise behauptet, NGOs müssten „politisch

neutral“ sein. Insbesondere Förderprogramme wie "Demokratie leben" werden dabei verleumdet. Richtig ist, dass NGOs, die staatliche Fördermittel erhalten, **parteilich** politisch neutral sein müssen. Sie sollen sich aber nicht den Werten des Grundgesetzes gegenüber neutral verhalten – im Gegenteil: das Grundgesetz verpflichtet uns alle zur Achtung und Verteidigung der Menschenwürde und Demokratie!

In autoritären Staaten stört die Kritik unabhängiger Dritter. Daher wird Zivilgesellschaft zuerst **diskreditiert** und schlecht geredet. Darauf aufbauend wird sie immer stärker in ihrer Arbeit **behindert**, um schließlich **verboten** zu werden.

In zahlreichen Ländern ist dies zu beobachten: Russland, Ungarn, USA oder der Türkei und zunehmend auch bei uns in Deutschland fängt die Verleumdung und Diskreditierung auch schon an. Bei uns sät vor allem die AfD und ihr rechtsextremes Umfeld Misstrauen gegen die Zivilgesellschaft und verbreitet Verschwörungserzählungen. Engagement für das Gemeinwohl wird gezielt diskreditiert und Menschen werden eingeschüchtert. In den Fokus geraten insbesondere solche Organisationen, die sich gegen Rechtsextreme und für Demokratie, Freiheit und Vielfalt stellen. Alle demokratischen Akteure sind gefragt, sich für das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger*innen einzusetzen!

Mit der Großen Anfrage "Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen in NRW" der AfD vom 10.4.2025 und dem FDP-Antrag "Schluss mit der Blackbox der sogenannten NGO-Finanzierung! – Transparenz und klare Regeln statt Schattenagenda auf Kosten der Steuerzahler" vom 13.5.2025 werden nun auch auf der politischen Bühne in NRW ganz konkret und systematisch Ressentiments gegen die Zivilgesellschaft geschürt.

In Zeiten zunehmender Polarisierung, rechtsextremer Mobilisierung, Antisemitismus, Rassismus und der Verbreitung anderer menschenverachtender Einstellungen sowie gesellschaftlicher Verunsicherung sehen wir Grüne es als unsere Aufgabe, den Schutz, die Unabhängigkeit und die Arbeitsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure - die ihre Arbeit vielfach ehrenamtlich und in ihrer Freizeit machen - in NRW gezielt zu stärken.

1. Die Rolle der Zivilgesellschaft und NGOs in NRW

- Vereine und Verbände in NRW artikulieren gebündelt gesellschaftliche Interessen und Meinungen - besonders von Gruppen, die im politischen Diskurs häufig überhört werden.
- Sie übernehmen Aufgaben, die der Staat und Markt nicht leisten (z. B.

soziale, kulturelle, ökologische Projekte). Ohne die häufig ehrenamtlich erbrachten Leistungen würden viele grundlegenden Funktionen im Land nicht erbracht werden können.

- Sie weisen auf Missstände hin und bringen sich in den politischen Diskurs und die öffentliche Meinungsbildung ein, sind Gegengewicht zu wirtschaftlichen Interessen und geben dem Gemeinwohl eine Stimme. Gemeingüter wie Tiere, Pflanzen, Wasser, Luft und Boden haben keine eigene Stimme und sind darauf angewiesen sind, "vertreten" zu werden.
- fördern Vielfalt, Inklusion, gesellschaftliche Innovation und notwendigen Fortschritt und Demokratie.
- Die Zivilgesellschaft stärkt Widerstandskraft gegen Demokratiefeindlichkeit und menschenverachtende Einstellungen. Sie wirkt als Frühwarnsystem für Missstände und als Impulsgeberin für sozial-ökologische Transformationen.

2. Herausforderungen und Bedrohungen

- Die finanzielle Unsicherheit, bürokratische Hürden und zunehmende politische Diffamierung (z.B. als „Staats-NGOs“) gefährden die Arbeitsfähigkeit und Glaubwürdigkeit zivilgesellschaftlicher Initiativen.
- Angriffe auf die Gemeinnützigkeit und restriktive Rahmenbedingungen schwächen bürgerschaftliches Engagement.
- Rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure bedrohen – oft gezielt – Initiativen, Vereine und Verbände aus der Zivilgesellschaft.

3. Unsere Forderungen und Maßnahmen

a) Rechtliche und finanzielle Stärkung:

- Rechtliche Regelungen für einen effektiven Schutz der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen (Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, Vereins- und Demonstrationsfreiheit, rechtssicherer Zugang zu öffentlichen Fördermitteln) und fortschrittliche Ausgestaltung des Gemeinnützigkeitsrechts.
- Durch eine Reform des Zuwendungsrechts und den Abbau bürokratischer Vorschriften –auch der Antragsstellung und Abrechnungsformalitäten- können Vereine und Verbände wesentlich entlastet werden, damit sie sich auf ihre

eigentliche Arbeit konzentrieren können. Wir begrüßen die entsprechende Initiative der Landesregierung, die weitergeführt werden muss. Gleichzeitig muss die Landesregierung Möglichkeiten schaffen auch überjährige und damit bedarfsgerechte Förderzusagen zu treffen, um die ständige Existenzbedrohung von NGOs zu vermeiden.

- Durch verbindliche Transparenzvorschriften können Vereine und Verbände gestärkt werden, da dadurch der sinnvolle Einsatz der öffentlichen Projektförderungen nachvollziehbar dokumentiert wird.

b) Schutz vor Bedrohung und Hass:

- Ausbau und Verstetigung der durch das Land geförderten Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus sowie der Antidiskriminierungsarbeit,
- Vorrangige Stärkung von Beratungsstellen und gezieltem Schutz von besonders diskriminierten Gruppen und Akteur*innen.

c) Anerkennung und Beteiligung:

- Systematische und transparente Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Landes- und auch Kommunalpolitik (Beteiligungsverfahren, Begleitgremien, Expertenanhörungen, Mitspracherechte bei relevanten Gesetzen).
- Förderung von Bündnissen vor Ort, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratische Debatte stärken.
- Verstetigung des Instruments der Bürgerräte.

d) Bildung, digitale und strukturelle Stärkung:

- Ausbau der Bildungsarbeit für Demokratie, Vielfalt und gegen Hass, insbesondere in Schulen, Jugend- und Sozialarbeit.
- Stärkung digitaler Kompetenzen und Schutzmechanismen, um NGOs, Vereine und Initiativen im digitalen Raum sicher und handlungsfähig zu halten.

4. Umsetzung und Ausblick

- Der Landesparteirat bittet die Landtagsfraktion und den Landesvorstand, diese zentralen Forderungen weiter entschlossen in Gesetzgebungs- und

128 Regierungsinitiativen, aber auch in die tägliche Arbeit der Partei
129 einzubringen.

130 Die Grüne Partei auf Landes- und kommunaler Ebene wird die Zusammenarbeit mit
131 der Zivilgesellschaft weiter intensiv fortsetzen und deren Belange aktiv in
132 politische Aushandlungsprozesse

V-05 Klimakurs statt Klimakrise

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 16.11.2025
Tagesordnungspunkt: 6. Verschiedenes

Antragstext

Der Landesparteirat möge beschließen:

Unser Land ist mit dem Kohleausstieg 2030, dem massiven Ausbau der Windenergie und unserem Kurs der klimaneutralen Transformation Vorreiter in Sachen Klimaschutz. Diese Dynamik wollen wir ausbauen. Gleichzeitig wird durch die schwarz-rote Bundesregierung dieser Weg angegriffen. Gasbohrungen im Wattenmeer, neue fossile Gaskraftwerke oder ein Ende der Unterstützung kleiner Photovoltaikanlagen – zuvorderst durch das Wirken von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche gerät die Energiewende unter Druck. Wenn die Bundesregierung bei Klimaschutz zurück geht, dann müssen die Länder vorangehen. Diese Aufgabe nehmen wir an.

Vor drei Jahren haben wir GRÜNE mit der CDU im Koalitionsvertrag die Ermöglichung neuer Erdgasförderung in Nordrhein-Westfalen ausgeschlossen und vereinbart, dass neue Gaskraftwerke Wasserstoff-ready sein müssen und vorzugsweise an bereits genutzten Standorten realisiert werden sollen. Diese Ziele verpflichten nicht nur im eigenen Land, sondern auch im politischen Einflussbereich der Landesregierung auf Bundesebene.

Deshalb unterstützen wir, dass die Landesregierung sich auf allen politischen Ebenen gegen Projekte des fossilen Rollbacks einsetzt - im Bundesrat, in der Energieministerkonferenz und in Richtung EU.

Wir lehnen den fossilen Rollback der Bundesregierung entschieden ab, der durch das Wirken von Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche derzeit gezielt forciert wird. Statt Rückschritten braucht es konsequentes Handeln für ambitionierten Klimaschutz. Nordrhein-Westfalen nimmt mit seinem Kurs eine klare Gegenposition ein und zeigt, dass die Klimapolitik nicht verwässert, sondern konsequent vorangetrieben werden muss, wenn wir die 1,5-Grad-Grenze ernst nehmen.

Klimaschutz ist kein Randthema. Es ist eine Frage von sozialer und globaler

28 Gerechtigkeit, Verantwortung und wirtschaftlicher Stärke und damit
29 Standortfaktor.

30 Als größtes Bundesland mit einer langen Industriegeschichte tragen wir eine
31 besondere Verantwortung für das Gelingen der sozial-ökologischen Transformation.
32 Wie wir in Nordrhein-Westfalen handeln, hat direkte Auswirkungen auf den
33 gesamten Klimaschutz in Deutschland und damit in Europa und der Welt.

34 Wir begrüßen es, dass sich Menschen auf den Weg machen, Klimaschutz
35 einzufordern, wie es zum Beispiel in Hamburg zu sehen ist. Wir sind in
36 Regierungsverantwortung auch immer Adressat dieser Klimabewegung, gleichzeitig
37 Teil von ihr und treiben Klimaschutz auf allen Ebenen und Gremien in Zielen und
38 Taten voran.

39 Während wir hautnah erleben, wie klimapolitische Ziele aufgeweicht, Projekte
40 verzögert und sogar neue fossile Vorhaben vorangetrieben werden, wächst die
41 Sorge vor einem existenzbedrohenden Rückschritt. Nordrhein-Westfalen wird diesen
42 Kurs nicht mittragen. Wir zeigen klar, dass die Zukunft in Windkraft und
43 Solarenergie liegt – nicht in Gasprojekten weder onshore noch offshore.
44

45 Gleichzeitig hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres,
46 im Vorfeld der COP30 in Belém erneut eindringlich an die Weltgemeinschaft
47 appelliert, ihre Anstrengungen deutlich zu verstärken. Dieser Appell gilt auch
48 für Deutschland. In Zeiten steigender globaler Temperaturen dürfen fehlende
49 Ambitionen auf internationaler Bühne nicht hingenommen werden. Als größtes
50 Bundesland und industrielles Herz Deutschlands werden wir diesen Appell mit
51 Leben füllen und zeigen, dass NRW an einer konsequenten Klimaschutzpolitik
52 festhält. Wir gehen weiter entschlossen den Weg hin zur ersten klimaneutralen
53 Industrieregion Europas.